

Kooperation des Kultusministeriums mit Changzhou, China (Wissenschafts- und Bildungsstadt Changzhou)	2010 (mit LAK Esslingen) bzw. 2013 mit Kultusministerium	Einbindung von ZSL, KM und beruflichen Schulen in BW	Berufsbildungskoope- ration	<p>Gleichberechtigung u. gegenseitigen Unterstützung bestimmen.</p> <p>3. Austausch und Zusammenarbeit im Bereich der beruflichen Bildung.</p>	<p>3. Austausch fortgeschrittener Best-Practices.</p> <p>4. Gemeinsame Betrachtung des Beitrags zu Herausforderungen der Wirtschaft.</p> <p>5. Intensivierung der Kooperation in der Lehrerfortbildung.</p> <p>6. Austausch von Verwaltungspersonen, Lehrkräften, Schülern.</p> <p>7. Gemeinsame Betrachtung des Qualitätsbewertungssystems der beruflichen Bildung.</p> <p>8) Austausch und Zusammenarbeit bei der beruflichen Weiterbildung arbeitsloser, behinderter Menschen mit erhöhtem Förderbedarf.</p>
					<p>1. Kooperationsprojekte auf Basis von Einzelvereinbarungen.</p> <p>2. Aufbau eines CHN-DEU Ausbildungszentrums für Lehrkräfte.</p> <p>3. Austausch zw. Bildungsinstituten und Schulen.</p> <p>4. Studierenden austausch.</p> <p>5. Projekte zur Förderung des Deutschen Spracherwerbs.</p>

Gründungsurkunde der Stiftung Deutsche Schule Budapest/ Ungarn	1992	Auswärtiges Amt, Land BW	Die Schule (deutsche Grundschule und Gymnasium) dient als deutsch- ungarische Begegnungsschule. Grundlage: 2. Abkommen zwischen den Regierungen der BRD und der Republik Ungarn über die kulturelle Zusammenarbeit betreffend die Deutsche Schule Budapest.	durch eine erhöhte Praxisnähe zur Wirtschaft.	6. Aufbau eines gemeinsamen Qualitätsentwicklungsprojekts in der beruflichen Bildung.
Gem. Erklärung mit der Region Grand Est über das Grenzüberschreitende Institut zur nachhaltigen umweltgerechten Landwirtschaft – ITADA	2007	Chambre Régionale d'Agriculture Grand Est (CRAGE) (regionale Landwirtschaftskammer Grand Est) In Abstimmung mit den Unterzeichnenden können weitere Regionen, Provinzen oder Kantone Europas der Zusammenarbeit beitreten und in den verschiedenen Instanzen vertreten sein.	Gründung des ITADA (Institut Transfrontalier d'Application et de Développement Agricole)	Gemeinsame Entwicklung, Untersuchung, Prüfung und Optimierung wirtschaftlich und ökologisch vertretbarer Produktionsmethoden, insb. bez. des Schutzes von Boden u. Wasser.	1. Organisation mit Sekretariat und regelmäßig tagendem Leitungsgremium, in dem beteiligte Institutionen zusammenarbeiten. ITADA unterstützt Nordwestschweiz und in BW bestehenden Kapazitäten und vernetzt sie im Rahmen von Projekten der angewandten Forschung.
Rahmenvereinbarung des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen	2012	UM D, LUBW D, BRGM F, Agence dell'Eau Rhin-Meuse F, DREAL F	Netzwerk für eine produktunabhängige, kon-	Schutz des Grundwassers	

Raum und Verbraucherschutz (MLR) zur Zusammenarbeit mit der Region Grand Est und weiteren Partnern			tinuierliche grenzüberschreitende Zusammenarbeit zum Schutz des Grundwassers am Oberrhein.		
Vereinbarung des MLR mit der agrarwissenschaftlichen und veterinärmedizinischen Universität des Banats (Timișoara/Rumänien) (Universitatea de Științe Agricole și Medicină Veterinară a Banatului Timișoara)	2008		Technisch-wissenschaftlicher Austausch, wechselseitiger Wissenstransfer auf den Gebieten: Saatgutuntersuchung Pflanzenbau Produktionsbezogener Umweltschutz Ökolog. Landbau Pflanzenschutz Chem. Untersuchung.	Zusammenarbeit ausgerichtet am Ziel einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Erzeugung hochwertiger pflanzlicher Nahrungsmittel und Futtermittel sowie nachwachsender Rohstoffe.	
Vereinbarung über die Mitgliedschaft im European Network of GMO Laboratories (ENGL)	2002	Für BW: Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Freiburg Zentrales Labor der EU-Kommission: JRC (Joint Research Center). 97 weiteren Laboren aus EU-Mitgliedstaaten und weiteren europäischen Staaten.	ENGL ist ein Konsortium staatlicher Labore, das bei der Umsetzung der EU-Regulierungen für gentechnisch veränderte (gv) Organismen in Saatgut, Futtermitteln und Lebensmitteln mitwirkt.	Entwicklung, Harmonisierung und Standardisierung von Nachweismethoden für gentechnisch veränderte (gv) Organismen in Saatgut, Futtermitteln und Lebensmitteln.	
Mitgliedschaft in der Internationalen Vereinigung für Saatgutprüfung (ISTA)	Formal seit 1973 informell seit Bestehen der ISTA (1924)		ISTA ist eine international anerkannte methodengebende Vereinigung zur Feststellung der Verkehrsfähigkeit von Saatgut.	Mitwirkung und Mitsprache bei der Entwicklung weltweit standardisierter Methoden zur Beprobung/Untersuchung von Saatgut. Allgemeine internationale Zusammenarbeit bei Fragen und Problemen der Saatgutbeschaffungsprüfung.	Mitarbeit in den technischen Ausschüssen (aktuell: Reinheit, Keimfähigkeit, Tetrazolium, Blumen, Gehölze, Wildpflanzen, GVO).

Gemeinsame Absichtserklärung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit mit der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens in Ostbelgien (DG)	2019		Austausch in den Handlungsfeldern: Interkulturalität, Interreligiosität, Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, Extremismusprävention.	Gemeinsame Stärkung der Arbeit zu den Themen Interkulturalität, Interreligiosität, Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und zur Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus.	Austausch
Fortsetzung des INTERREG-Projekts TRISAN – Trinationalales Kompetenzzentrum für Ihre Gesundheitsprojekte (im Rahmen einmalig zugestandener Mittel)	Unterzeichnung der Vereinbarung steht noch aus (für September 2023 geplant)	Ministerien, Regierungspräsidenten, Kommunen, französische und schweizerische Gebietskörperschaften	Fortsetzung des INTERREG-Projekts 11.12 „trinationaler Handlungsrahmen für eine grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung“.	TRISAN hat das Ziel, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich zwischen Deutschland, Frankreich und der Schweiz zu fördern.	Das Ziel soll durch Vernetzung, Netzwerkarbeit, projektorientierte Wissensproduktion und Realisierung von Studien, Projektbegleitung sowie Ausbau der Sichtbarkeit der Zusammenarbeit im Gesundheitswesen erreicht werden.
Kooperationsvereinbarung des Justizministeriums (JuM) mit dem österreichischen Bundesministerium für Justiz (BMJ) über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung elektronischer Lehr- und Lernprogramme für die Ausbildung	2009		Zusammenarbeit in einer Entwicklungspartnerschaft mit wechselseitiger Unterstützung: 1. Einbringung von Sachkompetenz zur Realisierung von Lehr-/Lernprogrammen, Ausbildungsprojekten. 2. Überlassung von Softwarekomponenten zu Erstellung/Bedienung elektronischer Lehr- und Lernprogramme.	1. Steigerung der Ausbildungsqualität durch transnationale Zusammenarbeit und Umsetzung gemeinsamer Ausbildungsprojekte. 2. Entwicklung u. Nutzung einer in beiden Ländern einsetzbaren Lehr- u. Lernsoftware. 3. Entwicklung und Nutzung von Lehr- und Lerninhalten. 4. Forschungsaktivitäten zur Weiterentwicklung elektronischer Wissensvermittlungsmethoden.	Das BMJ Österreich verfügt mit der gesetzlich beauftragten Bundesrechenzentrum GmbH in Wien über einen IT-Dienstleister für hochwertige Lehr- und Lernprogramme. Das BMJ beauftragt im Einvernehmen mit dem JuM die Bundesrechenzentrum GmbH als IT-Dienstleister für die Entwicklung des E-Learning-Programms ELAN-REF, das im Rahmen der Ausbildung im juristischen

Kooperations- und Finanzierungsvereinbarung zw. der Région Grand Est, dem Saarland sowie den Zweckverbänden SPNV Rheinland-Pfalz Nord und Süd und dem Land Baden-Württemberg	2019			3. Überlassung von Lerneinheiten. 4. Entsendung von Experten und IT-Fachleuten 5. Hilfe bei der Ausbildung von Fachkräften. Zusammenarbeit beim Schienenverkehr zwischen Deutschland und Frankreich.	Ausbau des Regional- und Nahverkehrs auf den Schienenstrecken zwischen der Region Grad-Est und BW.	Vorbereitungsdienst BW, eingesetzt wird.	Binationales Ausschreibungsverfahren
Gemeinsame Absichtserklärung des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen (IM) mit dem Ministerium des Innern der Republik Gambia über ein bilaterales Polizeiprojekt (GPST)	2019	Projektpartner ist das Landespolizeipräsidium im IM. Mit der Projektdurchführung und -organisation wurde der Institutsbereich Polizeiliche Auslandsein-sätze der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg beauftragt.		Polizeiliche Zusammenarbeit. Bspw. organisatorische Unterstützung und Beratung der gambischen Polizei in verschiedenen Bereichen.	1. Unterstützung der gambischen Polizei bei der Professionalisierung ihrer Aus-/Fortbildung u. ihrer Bereitschaftspolizeilichen Einsatzeinheiten. Beitrag zur Festigung und Stärkung von rechtsstaatlichen Strukturen in der Republik Gambia.	Projektmittel werden vom Auswärtigen Amt zur Verfügung gestellt.	
28-Punkte-Programm von Metz zur polizeilichen Kooperation, unterzeichnet von den Innenministern BWs, Rheinland-Pfalz, des Saarlands und dem Präfekten der Region Moselle-Lorraine, Frankreich	1992			Informationsaustausch, Ausweitung der Kooperation in verschiedenen polizeilichen Aufgabengebieten.	Ausweitung polizeilicher Kooperation zwischen der Republik Frankreich und den angrenzenden Ländern Deutschlands.		

Lahrer Protokoll zur polizeilichen Kooperation, unterzeichnet von den Innenministern BWs, Rheinland-Pfalz, des Saarlands und der Gendarmerie Nationale, Frankreich	1997	-	Intensivierung der grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit. Zugrunde liegt die Voralbeit einer Arbeitsgruppe, die Empfehlungen zu diversen Themenfeldern erarbeitet hat.	Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen polizeilicher Aufgabenfelder.	
Verwaltungsvereinbarung über den deutschen Anteil am gemeinsamen deutsch-französischen Zentrum, unterzeichnet für BW vom IM	1999	-	Zusammenarbeit von Dienststellen mit polizeilichen sowie zollrechtlichen Aufgaben im Grenzgebiet zu Frankreich. Es wird ein dauerhaftes, gemeinsames Zentrum errichtet u. betrieben.	Ausbau der Zusammenarbeit der beteiligten Behörden zur Stärkung des grenzübergreifenden Sicherheitsverbunds.	Vertraglich geregelt werden u. a. Zuständigkeiten, die Organisation, die Ausstattung sowie die Personal- und Kostenverteilung.
Verwaltungsvereinbarung über die Zusammenarbeit im Gemeinsamen Zentrum Passau (Österreich, Deutschland), unterzeichnet für BW vom IM	2017	-	Zusammenarbeit von Dienststellen mit polizeilichen sowie zollrechtlichen Aufgaben im Grenzgebiet zu Österreich. Es wird ein dauerhaftes gemeinsames Zentrum errichtet u. betrieben.	Ausbau der Zusammenarbeit der beteiligten Behörden zur Stärkung des grenzübergreifenden Sicherheitsverbunds.	Vertraglich geregelt werden u. a. Zuständigkeiten, die Organisation, die Ausstattung sowie die Personal- und Kostenverteilung. Die Polizei BW ist derzeit personell nicht beteiligt.
Verwaltungsvereinbarung zw. dem IM und dem Kommandanten der Gendarmerie der Region Grand Est zur gemeinsamen Deutsch-Französischen Wasser- schutzpolizeistation	2011	-	Einrichtung einer gemeinsamen deutschen-französischen Wasser- schutzpolizeistation.	Förderung eines hohen Sicherheitsniveaus der Rheinschiffahrt und Stärkung der operativen Zusammenarbeit in den Grenzgebieten zur Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung.	U. a. Regelungen zum Aufgabengebiet, zum Dienstbetrieb, zur Ausstattung, zur Datenverarbeitung, zu Dienstkleidung und Waffen sowie zu haftungsrechtlichen Fragen.

<p>Grenzüberschreitender Deutsch-Französischer Örtlicher Zweckverband „Institut für grenzüberschreitende Zusammenarbeit/EURO-Institut“</p>	<p>2003 Zuvor seit 1993 als Europ. Wirtschaftliche Interessenvereinigung organisiert</p>	<p>Träger: Baden-Württemberg, Région Grand Est, Collectivité européenne d'Alsace, Ortenaukreis, Eurométropole de Strasbourg, Stadt Kehl am Rhein.</p>	<p>Unterstützung aller Akteure, die im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aktiv sind oder aktiv werden wollen, durch Fortbildungen, Konferenzen, Begleitmaßnahmen, Studien und Netzwerktivitäten.</p>	<p>Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit durch Fortbildung und Beratung.</p>	<p>U. a. dt.-französische Fortbildungsreihe „Polizei- und Justizzusammenarbeit“ am EURO-Institut zur Stärkung spezifischer Kenntnisse und Kompetenzen anhand von Vorträgen, Diskussionen, Workshops, Übungen, Vortrags-Besuchern.</p>
<p>Gemeinsame Absichtserklärung des IM mit Kalifornien, USA</p>	<p>2022</p>	<p>Cybersicherheitsagentur (CSBW)</p>	<p>Konkretisiert den in der Landespartnerschaft vorgesehenen Austausch zur Cybersicherheit und zu Digitalisierungsthemen im Bereich von Open Data.</p>	<p>Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich der Cybersicherheit und Open Data zur Stärkung der transatlantischen Partnerschaft.</p>	<p>1. Delegationsbesuche 2. Informationsaustausch zw. California Cybersecurity Integration Center (Cal-CSIC) und CSBW im Bereich der Prävention u. bei Lageberichten. 3. Förderung des Informationsaustauschs zw. den Institutionen im Bereich der Open Data.</p>
<p>Memorandum of Understanding (MoU) mit Israel/Kooperation des IM mit dem Israel National Cyber Directorate</p>	<p>2021</p>	<p>Cybersicherheitsagentur (CSBW)</p>	<p>Mit dem MoU wird insbesondere ein enger Informations- und Erfahrungsaustausch durch folgende Maßnahmen angestrebt: - Austausch zu Cybersicherheit, Lagebildern, Maßnahmen zur Abwehr von Cyberangriffen, Best Practices sowie zur Förderung der Widerstandsfähigkeit/Erhöhung der digitalen Souveränität</p>	<p>Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich der Cybersicherheit.</p>	<p>1. Delegationsbesuche, 2. Informationsaustausch zur Identifikation möglicher Kooperationsfelder</p>

		<p>- Vernetzung von nationalen und internationalen Cyberpartnern - Expertentreffen und Hospitationen - Gegenseitige Besuche und gemeinsame Veranstaltungen.</p>			
	<p>Stärkung der Zusammenarbeit, Aufbau eines Informationsnetzwerks, Stärkung der Behördenkompetenz durch Expertenaustausch.</p>	<p>1. Stärkung des Austauschs und der Zusammenarbeit im Bereich Klima- und Umweltschutz. 2. Schwerpunkte sind u. a. Klimaschutz, Wassermanagement, städtische Luftqualität, Ausbau und Nutzung regenerativer Energien, Energieeffizienz</p>	<p>Bei wirtschaftlichen Aktivitäten würde UTBW in die Umsetzung integriert.</p>	<p>2013, erneuert 2022</p>	<p>Kooperation des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft (UM) mit der Provinz Jianguo/China</p>
<p>1. Regelmäßiger bilateraler Expertenaustausch und -besuche. 2. Durchführung von Veranstaltungen, während Corona auch digital, auf Arbeitsebene.</p>	<p>Innovative gegenseitige Impulse, insb. in den Bereichen kommunale Wärmeplanung, Abwasserwärmenutzung, Gebäudeenergierecht, Förderinstrumente, Digitalisierung</p>	<p>Austausch im Bereich Umwelt, Energie, Klimaschutz</p>	<p>An div. Minister- und Delegationsreisen haben zahlreiche Vertreter und Vertreterinnen von Kommunen/Stadtwerken, Verbänden, Landeseinrichtungen/Instituten und privaten Firmen teil.</p>	<p>2015/2019 (weitere Verlängerung 2023)</p>	<p>Gemeinsame Absichtserklärung des UM mit Dänemark</p>
<p>1. Wichtig ist Herstellung von Transparenz über jährl. Reporting der Mitglieder. 2. Netzwerk unterstützt bei der Erarbeitung von Pfaden zur Emissionsminderung.</p>	<p>Klimaneutralität als Gesamtbündnis bis 2050 (ausgerichtet am Abkommen von Paris der Weltklimakonferenz 2015).</p>	<p>Zusammenarbeit u. Austausch im Klimaschutz.</p>		<p>2015</p>	<p>Under2 Memorandum of Understanding zur Begründung des Klimaschutznetzwerks Under2 Coalition (rund 270 subnationale Mitglieder weltweit)</p>

<p>Gemeinsame Erklärung für eine Energiewende ohne Atomkraft mit 16 Regionen (Länder) aus Österreich, Deutschland und Belgien</p>	<p>2016</p>		<p>Gemeinsames Eintreten für eine Energiewende ohne Atomkraft</p>	<p>1. Tendenzen in der EU zur weiteren Förderung der Atomenergie entgegenwirken. 2. Atomausstieg in Europa voranbringen.</p>	<p>1. Austausch und Vernetzung durch Treffen und Veranstaltungen. 2. Wissenschaftliche Studien und Öffentlichkeitswirksame Stellungnahmen.</p>
<p>Beistandspakt für eine verbesserte Kooperation und Koordination zwischen BW, Grand Est, Rheinland-Pfalz und Saarland</p>	<p>Unterzeichnung im November 2020</p>		<p>Ausbau der Zusammenarbeit im Bereich der Vorbeugung und Bewältigung von Gesundheitskrisen sowie Stärkung des Dialogs und des Wissenstransfers</p>	<p>Schaffung eines gemeinsamen Gesundheitsraums am Oberrhein</p>	<p>Zur Verfügungstellung von Ressourcen im Krisenfall, weitere Themen wie z. B. Fachkräftesicherung</p>